

Ausschussvorlage

Ausschuss: INA, 37. Sitzung am 10.11.10

Stellungnahmen zu: Drucks. [18/2343](#)
– Gewalt und Extremismus in Hessen –

✉ Dr. Alexandra Kurth • Karl-Glöckner-Str. 21 E • 35394 Gießen

An den
Innenausschuss des Hessischen Landtags

Institut für Politikwissenschaft

Dr. Alexandra Kurth
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen
Tel.: 0641 / 99 – 23093
Fax.: 0641 / 99 – 23079
Email: alexandra.kurth@sowi.uni-giessen.de
Sekretariat: 0641 / 99 – 23071
Email: viola.krapp@sowi.uni-giessen.de
Az. :

2010-11-09

Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema Gewalt und Extremismus

In der Anhörung des Innenausschusses zum Thema Rechtsextremismus (2007) habe ich bereits darauf verwiesen, dass rechtsextreme Studierende als (künftige) Multiplikator(inn)en und/oder Funktionär(inn)en rechtsextremer Parteien und Organisationen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Freiheit und Demokratie darstellen. In diesem Zusammenhang waren und sind es immer wieder akademische Burschenschaften des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft, die aufgrund rechtsextremer Affinitäten und Aktivitäten in die Schlagzeilen geraten sind (vgl. <http://starweb.hessen.de/cache/AV/16/INA/INA-AV-067-T1.pdf>, S. 60ff.).

Inwiefern hat sich die Situation seit 2007 verändert? DB-Burschenschaften organisieren nach wie vor Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit rechtsextremen Referenten: Das Spektrum reicht dabei unter anderem vom Befürworter eines „Burenstaates“ in Südafrika und Kritiker des Verfassungsschutzes, Dr. Claus Nordbruch, über die ehemaligen Terroristen Horst Mahler (RAF-Gründungsmitglied und späterer NPD-Funktionär) und Dr. Rigolf Hennig (Aktivist des sogenannten Südtiroler Freiheitskampfes in den 1950er/60er Jahren, Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat sowie der NPD und Herausgeber der Zeitschrift „Der Preuße“), den „Liedermacher“ Frank Rennie, die Ex-Bundeswehrangehörigen Dr. Franz-Uhle-Wettler und Gerd Schultze-Rhonhof bis zu den Republikaner-Funktionären, Franz Schönhuber, Dr. Rolf Schlierer (Mitglied der Gießener Burschenschaft Germania) oder den FPÖ-Politiker/innen Martin Graf (Burschenschaft Olympia Wien, 3. Nationalratpräsident Österreichs) und Barbara Rosenkranz (ehemalige Bundespräsidentenskandidatin der FPÖ).

Die Mitgliedschaft dreier NPD-Aktivisten im sächsischen Landtag (der Abgeordnete Jürgen W. Gansel, der damalige Fraktionsassistent Stefan Rochow und der damalige wissenschaftliche Mitarbeiter und heutige Abgeordnete Arne Schimmer) in der Burschenschaft Dresdensia Rugia, die Anfang 2005 Schlagzeilen machte, hat letztlich dazu geführt, dass die Gießener Burschenschaften Germania 2008 und Alemannia 2009 aus dem Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB), einem explizit politischen, farbentragenden, fakultativ schlagenden Männerbund, in dem nur Deutsche (nach völkischen Kriterien) Mitglied werden können, ausgetreten sind. Die DB ist mit ihren fast 12.000 Mitgliedern, darunter etwa 1.300 Studierenden, ein Sammelbecken für die demokratische (mit abnehmender Tendenz) wie die antidemokratische politische Rechte: sie umfasst Mitglieder von CDU/CSU ebenso wie solche der Republikaner, der ehemaligen Schill-Partei oder des Bundes Freier Bürger, Mitglieder der NPD ebenso wie solche der mittlerweile verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) – beispielsweise den amtierenden Schriftleiter der Verbandszeitschrift „Burschenschaftliche Blätter“ – oder der Nationalistischen Front (NF) und sogar der österreichischen FPÖ. Die österreichischen Burschenschaften sind dem Selbstverständnis der DB zu Folge, nach dem Österreich als Teil der deutschen Nation anzusehen sei, Mitglied in der DB. Dies liegt darin begründet, dass der Verband „das deutsche Vaterland unabhängig von staatlichen Grenzen in einem freien und einigen Europa, welches Osteuropa einschließt“ sieht. Er „setzt sich für eine enge Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes in Freiheit ein.“ Folglich lautet Artikel 7 der Verfassung der Deutschen Burschenschaft: „Die politische Freiheit erblickt die Burschenschaft in der Gleichberechtigung aller Bürger sowie in dem Recht jedes einzelnen und jedes Volksteils auf seine angestammte Heimat und auf die Selbstbestimmung über seine staatliche Zugehörigkeit.“

Ein ähnliches Bild zeigt sich nach wie vor im hochschulpolitischen Bereich: im RCDS, der Hochschulorganisation der CDU, waren und sind Burschenschafter ebenso aktiv wie in den Hochschulorganisationen der extremen Rechten, etwa im Ring freiheitlicher Studenten (r.f.s.), der in den 1970er Jahren vor allem in Köln aktiv war, im Republikanischen Hochschulverband (RHV), der im Mai 1989 von zirka 40 Studenten aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik auf dem Haus der Münchner Burschenschaft Danubia gegründet, einige Jahre später seine Aktivitäten einstellte, bis er sich 1999 in Frankfurt rekonstituierte, oder aber in der 1967 gegründeten NPD-Hochschulorganisation, dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB). So machte beispielsweise ein „Arbeitskreis Nationalisten in der Deutschen Burschenschaft (DB) innerhalb des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB)“ und der NHB damit Werbung, dass in „nahezu jeder bundesdeutschen und österreichischen Hochschulstadt“ mindestens eine Burschenschaft ansässig sei, „die ihren Mitgliedern Alternativen zum BRD-System und dessen furchtbaren Auswirkungen in der Universitätslandschaft bieten“ könne. Einerseits wurde seitens des NHB das studierende NPD-Klientel dazu aufgerufen, in eine Burschenschaft einzutreten, andererseits werben immer wieder Burschenschaften in einschlägigen Publikationsorganen der extremen Rechten, beispielsweise der 1951 gegründeten rechtsextremen Monatszeitschrift Nation & Europa, seit 2009 Zuerst oder aber der völkischen Wochenzeitung Junge Freiheit und Burschenschafter sind als Redakteure oder freie Autoren dort tätig.

Da sich die DB als explizit politisch, nicht aber als parteipolitisch festgelegt begreift, sind insbesondere die Aktivitäten seitens der NPD intern „kontrovers diskutiert“ worden. In der Folge interviewten Jörg Haverkamp II (Burschenschaft Saxo-Silesia Freiburg) und F. Roland A. Richter (Burschenschaft Germania Marburg) im Januar diesen Jahres den NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer (Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen) „kritisch“ für die Burschenschaftlichen Blätter. Beide Interviewer werden als „intensive innerverbandliche Kritiker der NPD“ vorgestellt, die Fragen zeigen allerdings, dass es dabei größtenteils weniger um eine grundlegende Kritik, sondern eher um Details geht. So lautet beispielsweise die Eingangsfrage: „Von der NPD wird die ersatzlose Streichung des Grundrechts auf Asyl (Artikel 16a GG) für politisch Verfolgte gefordert. Es waren immer wieder gerade Burschenschafter, die aufgrund ihres Einsatzes für unsere Ideale staatlich verfolgt wurden. Deshalb flohen sie in andere deutsche Teilstaaten, die Schweiz oder die USA. Manche von ihnen leisteten dort Großes, wie zum Beispiel Carl Schurtz. Wie ist für einen Burschenschafter vor diesem Hintergrund die gänzliche Abschaffung des Asylrechts zu vertreten? Wenn man hier Reformbedarf sieht, könnte man seine Wirkung auf solche Menschen beschränken, die aufgrund ihres Eintretens für die Ehre und Freiheit ihres Vaterlandes verfolgt werden. Ist es für Deutschland nicht geradezu eine Frage der Ehre, solchen Menschen Schutz zu gewähren?“ Felix Menzel (Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz, Mitbegründer der neurechten Schülerzeitung Blaue Narzisse und Referent bei der Marburger Burschenschaft Germania) kommentierte dieses Interview damit, dass die Interviewer, die er als „betont liberale Verbandsbrüder“ charakterisiert, „eine grundlegenden methodischen Fehler“ begangen hätten: „Sie zitieren aus den Grundsätzen der DB und fragen Schimmer dann suggestiv, ob diese Grundsätze nicht durch die NPD und ihre Jugendorganisation JN verraten würden.“ Dabei unterstellten sie „alle Burschenschafter setzen sich brav für Freiheit und Demokratie ein, fechten ein bißchen und trinken hin und wieder ein Bier. Und nur die paar Bösen aus der NPD ziehen den Dachverband in den Schmutz. Mit Verlaub, das habe ich des öfteren etwas anders erlebt. Nach dem fünften oder sechsten Bier sind es gerade CDU-Mitglieder, die zu fortgeschrittener Stunde zeigen wollen, wie rechts sie wirklich sind, und dann plötzlich Goebbels-Reden fehlerfrei rezitieren, aber bei der nächsten Parteiveranstaltung Angela Merkel wieder in den Arsch kriechen. Wegen der Karriere, versteht sich! ‚Aber‘, fahren sie fort, ‚wenn ich mich erstmal innerhalb der CDU hochgemogelt habe, dann ...‘ Wenn das dann geschehen ist, passiert im Übrigen meistens nichts. Ich will dies nun keinesfalls allen Burschenschaftern vorwerfen. Es gibt viele vernünftige und letztendlich darf aus meiner Sicht auch jeder ein paar Jugendsünden ansammeln. Aber, wenn man das so sieht, dann ist es unfair, mit dem moralischen Zeigefinger auf andere (NPD) zu zeigen (wie dies Haverkamp II und Richter machen), währenddessen Anspruch und Wirklichkeit auch im eigenen Hause nicht deckungsgleich sind. Im Gegensatz zu denen, die immer nur betrunken Deutschland retten und erst dann ihre radikale Ader entdecken, sind mir jene lieber, die auch öffentlich zu ihrem Wort mit ihrem Gesicht einstehen. Und gerade das macht Arne Schimmer.“

Diese Debatte zeigt m. E. exemplarisch, dass wir es hier nach wie vor mit einem ernst zu nehmenden Phänomen des „akademischen Rechtsextremismus“ zu tun haben, die Deutsche Burschenschaft ist zwar in den letzten Jahren kleiner geworden, ihren Radikalisierungsprozess nach Rechtsaußen

hat sie jedoch fortgesetzt. Nach wie vor wäre zu überprüfen, inwieweit die rechtsextremen Aktivitäten über Steuerbegünstigungen öffentlich mitfinanziert werden. Überprüft werden müsste insbesondere der Verband für Studentenwohnheime e. V. (VfS), ein Dachverband zahlreicher Wohnheimvereine von Burschenschaften und anderen Studentenverbindungen. Der VfS wurde laut Selbstdarstellung 1975 in Bonn gegründet, war jedoch eine Umgründung des 1953 auf Initiative des Convent Deutscher Akademikerverbände, einer Art Dachverband verschiedener Altherrenvereine unterschiedlicher verbindungsstudentischer Dachverbände, dessen 10. Akademikertag in der vergangenen Woche für Schlagzeilen sorgte, konstituierten Vereins für Studentenwohnheime, dem das zuständige Finanzamt zuvor auf Grund von Unregelmäßigkeiten in der Spendenpraxis die Gemeinnützigkeit aberkannt hatte. Der VfS dient wie seine Vorgängerin „unmittelbar und ausschließlich der Studentenhilfe“ und fördert die Einrichtung und Unterhaltung von Studentenwohnheimen. Hierfür bemüht er sich, „Mittel für andere Körperschaften, die sich ihm durch Abschluß eines Betreuungsvertrages angeschlossen haben, zu beschaffen und die Mittel für die Verwirklichung deren steuerbegünstigter Zwecke zur Verfügung zu stellen“. Auf diese Art und Weise werden zahlreiche Verbindungshäuser als Studentenwohnheime betrieben und durch Steuerbegünstigungen sowie Zuschüsse staatlich gefördert. Gemäß den „Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen einem Trägerverein eines Studentenwohnheims (Betreuer) und dem Verband für Studentenwohnheime e. V. in Bonn (Betreuer)“ gilt das Engagement des VfS ungeachtet seines durch den Namen apostrophierten Anspruchs ausschließlich den verbindungseigenen Häusern, denn der „Betreute muß ein gesonderter eingetragener Verein neben dem Altherrenverein sein. Dies gilt auch dann, wenn nicht der Altherrenverein der Wohnheimeigentümer ist, sondern ein eigens dafür gegründeter Verein (meist Hausverein genannt) oder etwa eine GmbH oder auch ein Dritter, von dem das Wohnheim angemietet wurde. Die Vereinsvorstände sollen nicht personengleich sein“, heißt es in den Richtlinien des VfS. Gemäß derer muss der Trägerverein des Studentenwohnheimes sogar selbst nicht als gemeinnützig anerkannt sein, sondern lediglich in der Satzung sicherstellen, dass das Wohnheim jedem Studenten unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Studentenverbindung offen steht und dass das von ihm gebildete Vermögen der Studentenhilfe zu Gute kommt. Das heißt, dem Missbrauch ist letztlich Tür und Tor geöffnet, weil ein Trägerverein Kosten für die Infrastruktur rechtsextremer Aktivitäten steuerlich absetzen kann, ohne dass dies je geprüft würde.